

Rede von

Erhard Eppler

zum außerordentlichen Landesparteitag der SPD Hessen

29. März 2008, Hanau

„Nachdem uns Horst Eberhard Richter eben gestanden hat, dass er 85 ist, fühle ich mich ganz jung mit 81.

Und nachdem uns Horst Eberhard Richter, nachdem er Andrea Ypsilanti gehört hatte, gesagt hat, eigentlich habe ich jetzt fast nichts mehr zu sagen, habe ich Glück gehabt, dass ich so spät gekommen bin und Andrea nicht mehr gehört habe. Insofern bin ich also einigermaßen frei.

Liebe Freunde, es ist erst ein paar Jahre her, dass man uns gesagt hat, wir gingen notwendig auf eine Spaßgesellschaft zu.

Und es gab Politiker, meistens jüngere der verschiedensten Parteien, die uns immer wieder klargemacht haben, Politik muss Spaß machen. Nun habe ich dagegen gar nichts einzuwenden. Denn wenn sie nicht gelegentlich Spaß machen würde, wie sollte man sie sonst ertragen?

Aber sie muss gar nicht Spaß machen, und wenn das jemand am eigenen Leib erlebt hat in den letzten Wochen, dann war es wohl der Landesverband Hessen der SPD. Es gibt politische Situationen, in denen man zwischen Entscheidungen zu wählen hat, die alle höchst unbequem sind, die alle schwer erträglich sind, gegen die alle sehr viel spricht. Aber wenn man in der Politik ist, kann man darüber nicht einfach einen brillanten Leitartikel schreiben, sondern man muss dann doch entscheiden, und zwar zwischen schwierigen Alternativen.

Nebenbei, mir ist das in den letzten Wochen wieder klar geworden: Ich bin auch des Schreibens kundig und schreibe auch für verschiedene Leute, nur es ist eben viel leichter, einen intelligenten Artikel zu schreiben, als die richtige Entscheidung zu treffen.

Und deshalb: Keiner von euch und keine von euch, die sich gequält haben, die sich's schwer gemacht haben, die gelitten haben, braucht sich dafür irgendwie zu schämen.

Liebe Freunde, wir haben in den letzten Wochen ein Bündnis erlebt zwischen einigen Massenmedien und einer einzigen Umfragefirma, die für die Polemik der Medien immer genau die richtige Umfrage innerhalb von 24 Stunden parat hatte. Und dann gab es in diesem Bündnis noch gelegentlich ein paar Profilsüchtige, die uns nahe standen. In diesem Zirkel der schlechten Nachrichten, der schlechten Umfragen und der Artikel, warum es so schlecht ist, in diesen Zirkel sind wir hineingeraten. Und man hat uns dann auch noch gesagt, wir seien eigentlich orientierungslos.

Liebe Freunde, ich bin nicht völlig unschuldig an den beiden letzten Grundsatzprogrammen dieser Partei. Aber wenn eine Partei wie die unsere in der Lage ist, sich mit einer ganz großen Mehrheit auf ein Grundsatzprogramm zu einigen, dann zeigt das doch, dass sie stärker integriert ist, als das von außen erkennbar ist.

Ich war mit Willy Brandt in den späten siebziger Jahren völlig einig, dass wir uns damals kein neues Grundsatzprogramm hätten leisten können, weil die Partei nicht genügend integriert war, um ein gemeinsames Programm zu machen. Jetzt ist sie es!

Ich habe noch nie einen einzigen bedeutenden Journalisten erlebt, mit dem ich über ein Grundsatzprogramm hätte reden können.

Und warum?

Ich glaube es gehört sich dort einfach nicht, Grundsatzprogramme zu lesen. Es gehört sich nicht: Man schreibt ja auch viel unbeschwerter, wenn man sie nicht gelesen hat.

Jedenfalls, in den 52 Jahren, in denen ich Sozialdemokrat bin, gab es viele Zeiten, in denen die Partei viel weniger integriert war als heute. Ich war letztens bei den Seeheimern in Berlin. Das klang auch nicht so viel anders als bei anderen. Nein, wir sollten uns nicht einreden lassen, dass wir uneinig sind. Im Übrigen, wenn man vor vielen schwierigen quälenden Entscheidungen steht wie wir in letzter Zeit, dann erinnert man sich auch leichter an das, was Sozialdemokraten vor 75 Jahren durchgemacht haben.

Als sie für Brüning gestimmt haben, obwohl sie gar nicht seiner Meinung waren, nur damit der Brüning als letzter Demokrat noch die Stellung halten konnte gegenüber dem, was dann nachher kam.

Das war sicherlich keine Entscheidung, bei der man sich wohl fühlte. Und wisst ihr, wie dass dann ausgegangen ist? Wisst ihr, was der alte Hindenburg dem Brüning dann gesagt hat, als er ihn entließ? „Und nun, Herr Reichskanzler, wollen wir mal sehen, wie mit Gottes Hilfe der Hase weiterläuft.“ Diese Mischung aus abgestandenem Kasinodeutsch und bigottem Geschwätz stand am Ende der Republik und wenn man damit die Rede von Otto Wels vergleicht, dann sind das in der Tat zwei Welten gewesen.

Liebe Genossinnen und Genossen, verglichen mit damals haben wir es sehr gut. Unsere Demokratie ist nicht gefährdet. Damals gab es zwei große Parteien, die gegen die Republik, gegen ihre Verfassung waren, das waren die KP und die NSDAP, und sie hatten zusammen im Reichstag die Mehrheit. Heute gibt es keine einzige Partei mehr im deutschen Bundestag, die die Verfassung anzufechten wagen könnte. Im Übrigen ist dieses Deutschland eingebunden in eine Europäische Union, von der wir damals nur hätten träumen können.

Aber trotzdem, obwohl unsere Demokratie keineswegs in Gefahr ist, spüre ich überall eine Stimmung der Unruhe, der Unzufriedenheit, der Anspannung, der Zukunftsangst, der Abstiegsangst, und ich erspüre eine Mehrheitsmeinung – nicht eine Minderheitsmeinung, eine Mehrheitsmeinung in dieser Gesellschaft: Es geht bei uns nicht gerecht zu, sondern immer ungerechter.

Und nebenbei: Sogar für die Demoskopen gibt es etwas Neues. Nämlich: Zum ersten Mal seit es diese Republik gibt, kann die SPD verlieren, ohne dass die CDU gewinnt. Bisher waren das kommunizierende Röhren, 50 Jahre lang.

Und was müsste passiert sein, damit das keine kommunizierenden Röhren mehr sind? Da müsste man auch mal in der Union darüber nachdenken. Es ist nämlich so: Wer eine große Volkspartei kaputt macht, der darf sich nicht wundern, wenn die andere ganz rasch folgt. Denn sie sind beide aufeinander angewiesen.

Liebe Freunde, das was ich in Bonn zu Zeiten Willy Brandts erlebt habe, ist im Rückblick ein rheinischer Kapitalismus mit starken Gewerkschaften, einer stabilen Mark, soliden Banken, Arbeitern, die ihren Golf, ihren Opel und im Südwesten gelegentlich ihren Daimler gefahren haben, und im Schwarzwald ihr Häuschen gebaut haben.

Das waren die Zeiten der Einkommensrelationen, als wir uns klar waren, ein Bundesminister verdient etwa das vierfache eines Arbeiters, und ein Vorstandsvorsitzender in etwa das fünffache eines Bundesministers, also das zwanzigfache eines Arbeiters. Gut, man hatte sich daran gewöhnt, dass das nicht besonders gerecht war. Aber es war erträglich.

Und das alles scheint vorbei, ganz besonders dann, wenn es sich dann auf die Löhne auswirkt.

Liebe Freunde, was ist da passiert? Was ist der Grund dafür? Es gibt natürlich Leute die sagen dann, da gibt es einen Sozialdemokraten, der ist an allem schuld. Ich glaube das nicht.

Es gibt zwei Hauptgründe. Das eine ist das Faktum der Globalisierung. Es ist eben so, dass ein global agierendes, investierendes, oder eben auch gelegentlich nicht investierendes Kapital immer am längeren Hebel sitzt, sowohl gegenüber Gewerkschaften, als auch gegenüber nationalen Regierungen.

Man kann darüber reden, wie lang der Hebel ist. Aber nicht darüber, dass er länger ist, als der, den wir im nationalen Bereich zur Verfügung haben. Und dieses Faktum, dass ein global agierendes Kapital am längeren Hebel ist, das hat sich nun verbunden in den letzten zwanzig Jahren mit einer Welle marktradikaler Ideologie. Seit etwa 1980 gibt es kaum noch eine deutsche Tageszeitung, in der der Wirtschaftsteil nicht von Marktradikalen erledigt wird. Langsam, langsam, ändert sich ein bisschen etwas, aber kaum erkennbar.

Und die Thesen waren immer einfach: Der Markt ist immer klüger als die Politik – man hätte beinahe eine neue Nationalhymne aus einem alten Choral bilden können: „Wer nur den lieben Markt lässt walten, und hoffet auf ihn alle Zeit“. Das war wirklich das, was man überall zu hören bekam.

Und dann kamen die Verheißungen: Wenn es euch gerade ein bisschen schlechter geht, dann lasst den Markt walten, dann kommen alle dran, irgendwann, früher oder später.

Und der Staat, der war immer mehr überflüssig, ein Markthindernis. Je weniger Staat, desto freier der Bürger, desto freier der Markt, desto reicher der Bürger. Deshalb musste man den Staat am besten aushungern.

Liebe Freunde, was dabei herausgekommen ist, bei dieser Mischung aus faktischer Globalisierung und marktradikaler Ideologie, das ist das, was ich die tiefe Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens einer Mehrheit in Deutschland nenne.

Natürlich wollte Gerhard Schröder zunächst einmal die Sozialsysteme zukunftstauglich machen. Aber was er nicht wissen konnte, war, dass in dem gleichen Moment, indem er auch vom kleinen Mann Opfer verlangte, die großen beim Kassieren jedes Maß verlieren würden - und das haben sie getan.

Und diese Wunde, sie wird nun jeden Tag neu aufgerissen. Etwa durch die Bankenkrise. Da war doch sicherlich der Markt nicht klüger als die Politik. Da sind 800 Milliarden Dollar verheizt worden. Und zwar, weil Leute, die das 100fache eines Arbeiters verdienen, nicht einmal genau wussten, was sie in ihren Tresoren hatten. Da soll mir noch einer kommen und sagen: Lasst mir den Markt walten.

Nein, dieses System hat sich als krisenanfällig erwiesen, und plötzlich kam dann der Ruf nach dem Staat. Nebenbei: Genau in dem Moment, in dem wir hörten, dass wir für die Abwendung des Klimawandels 800 Milliarden Dollar in den nächsten zwanzig Jahren aufwenden müssen, genau in dem Moment kam die Nachricht, dass die Banken 800 Milliarde Dollar verbrannt haben, aus Unverstand und Gier. Und was mich immer so aufregt, ist, dass diese Leute überhaupt kein Gespür dafür haben, wie sie diese Wunde immer neu aufreißen. Wenn zum Beispiel Herr Hundt jetzt sagt, nach dieser Bankenkrise müssten wir mit den Löhnen zurückhalten. Leute, Leute, dass die einen 800 Milliarden verheizen und die anderen dann Pfennigfuchseriei betreiben sollen...

Liebe Freunde, diese Unruhe, die wir jetzt erleben, kommt nach meiner Überzeugung daher, dass wir an einem politischen Wendepunkt sind. Zum einen deshalb weil diese Welle marktradikaler Verheißungen - lasst nur den Markt walten, dann wird alles gut – diese Welle hat sich überschlagen. Sie läuft aus, sie ebbt ab. Die Verheißungen werden weithin nicht mehr geglaubt.

Aber, und das ist nun die Schwierigkeit: Die Globalisierung und der längere Hebel, die bleiben. Das haben wir bei Nokia erlebt. Die sind unabhängig davon, dass diese marktradikale Ideologiewelle verebbt ist. Und jetzt fragen diese Menschen, deren Gerechtigkeitsgefühl verletzt ist, doch: Wer ist in der Lage, diese Gerechtigkeit langsam aber sicher wiederherzustellen, ohne dass er in einen direkten Krieg gerät mit jenen, die eben am längeren Hebel sitzen? Wie kann man in einer definitiv globalisierten Ökonomie wieder Gerechtigkeit herstellen?

Liebe Freunde, es geht nicht darum, dass wir eine Minderheit überzeugen müssen, sondern es geht darum, dass wir eine Mehrheit wahrnehmen müssen, abholen müssen, ihr Alternativen bieten müssen, die sie versteht.

Das ist auch neu. Als ich in den Bundestag kam, da haben wir nie Mehrheiten gespürt, hinter dem, was wir wollen. Immer nur Minderheiten. Jetzt geht es darum, eine Mehrheit, die existiert, politisch aktionsfähig zu machen.

Liebe Freunde, ich gehöre nicht zu denen, die die Union verteufeln. Es gibt in der Union Leute, die genau das auch wollen, nämlich eine Alternative zum Marktradikalismus formulieren, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für Europa. Nur: Dann gibt es eben die anderen, und das ist sogar die Mehrheit, die das nicht wollen. Und wenn in einer Partei die eine Hälfte etwas will und die andere nicht, dann geschieht normalerweise: nichts. Und das ist das, was zur Union in diesem Zusammenhang zu sagen ist.

Da gibt es schon Leute, die möchten. Vielleicht können wir die irgendwann als Bundesgenossen gewinnen. Aber es gibt andere, denen ist es immer noch sauwohl in ihrem marktradikalen Denken.

Und die Linke, was immer man von ihr sagen kann: In der Globalisierung ist sie noch nicht angekommen. Ich war ja in der Regierung von Brandt. Die Linke tut so, als müsste man nur alles so machen wie das Walter Arendt auch gemacht hat in der Regierung von Brandt. Nein, Willy würde uns sagen, so geht das nicht, dass man 40 Jahre danach einfach imitieren könnte, in einer völlig veränderten Welt.

De Gaulle hat einmal in einer schwierigen Situation seinen Landsleuten gesagt: Je vous ai compris – Ich habe euch verstanden. Der Sozialdemokrat, der das einmal mit einem guten Gewissen und mit einem guten Echo sagen kann, der könnte in die Geschichte eingehen. Aber wenn es so ist, dass wir eigentlich eine Mehrheit vertreten, dann müssen wir das auch mit dem nötigen Selbstbewusstsein tun.

Wir definieren uns nicht durch irgendeinem Verhältnis zu einer anderen Partei. Wir definieren uns selbst, aufgrund unseres Programms. Und wer uns helfen will, ob das ein Publizist ist, oder ein katholischer Bischof, oder wer immer das ist, wer uns helfen will bei der Wiederherstellung des Gerechtigkeitsempfindens, der soll uns willkommen sein. Aber er ändert nicht unsere Strategie.

Liebe Freunde, wenn das so ist, dass wir auf der einen Seite mitten in der Globalisierung noch stehen, aber am Ende einer marktradikalen Welle, wo die Menschen eine Alternative wollen, was hat das für Konsequenzen?

Eine langfristige über die ich gar nicht lange reden will: Wir müssen auf Europa setzen. Das was der Nationalstaat an Kompetenzen verloren hat, kriegt er nicht als Nationalstaat wieder, sondern nur noch Europa kann es wieder bekommen.

Aber, ich sage das, obwohl meine Enkel heute nicht hier sind, aber die ginge es besonders an: Es gibt auch eine kurzfristige Konsequenz: Wir müssen, Globalisierung hin oder her, unseren Staat, alle Ebenen unseres Staates, wieder handlungsfähig machen.

Und damit wir da nicht wieder auseinanderdividiert werden: Einer von denen, die das wirklich hingekriegt haben, dass dieser Staat wieder finanziell handlungsfähig wird, das ist Peer Steinbrück. Was immer der gelegentlich sonst sagen mag, dies ist eine Leistung für die er in die Geschichte einget, und auf die andere dann aufbauen können.

Liebe Freunde, wisst ihr was der Herr Westerwelle gesagt hat? Er hat gesagt, der Aufschwung hat überhaupt nur einen fett gemacht, und das ist der Staat.

Wenn dieser Staat mal etwas weniger Schulden machen muss, dann ist er schon verfettet. Aber das Aushungern des Staates, und das ist offenbar die Westerwelle-Masche, das hat offenbar ein Ende gefunden.

Und ganz wichtige Funktionen des Staates sind eben in der Landespolitik. Für mich, und das habe ich auch ein bisschen in unser Programm hineingebracht, für mich ist die Aufgabe des Staates, des demokratischen Rechtsstaates, heute vor allem zu verhindern, dass zur Ware wird, was nicht zur Ware werden darf.

Und dazu gehört die Bildung. Ich habe nicht gesagt, dass die Studiengebühren in sich ein gewaltiger Skandal sind. Aber ich habe gesagt, das ist der Anfang einer Politik, in der auch die Bildung zur Ware wird, die einige sich leisten können und die meisten nicht.

Und da habt ihr in Hessen jetzt eure Möglichkeiten. Übrigens, das gilt auch für die Kultur. Ich habe neulich in einer Talkshow einen Unternehmer erlebt, der, als es um Kultur ging, immer von Angebot und Nachfrage gesprochen hat.

Liebe Freunde, wenn wir unsere Kultur auch nur einfach dem Markt überlassen würden, könnten wir unsere sämtlichen Opernhäuser schließen, wir könnten die Symphonieorchester alle nach Hause schicken, wir hätten noch ein paar Musicals, und die würden immer schlechter, bis sie dann schließlich auch die Menschen langweilen würden.

Nein, Kultur ist eben nicht nur eine Frage des Marktes, sie ist auch eine Frage des Staates, und zwar der Länder, wie des Landes Hessen. Das muss man wieder ins Gedächtnis rufen, weil viele es vergessen haben.

Liebe Freunde noch etwas: In Amerika wird ja der Markt stark propagiert. Ein Staat, in dem alles am Markt zu haben ist: Die Bildung – für wenig Geld wenig oder gar keine, für viel Geld viel Bildung. Die Sicherheit – man weiß ja, wo man anrufen muss, wenn man eine Sicherheitsfirma braucht.

Aber dass das dann in eine Gesellschaft führt, die noch ungerechter ist als die jetzige, nämlich einer Gesellschaft, in der die Sicherheit vor Verbrechen auch zu einer Ware geworden ist, die nur noch wenige sich leisten können, das alles ist ja im Gang. Auch in Deutschland ist es im Gang. Auch in Deutschland ist die Sicherheitsbranche eine Wachstumsbranche und auch der Herr Koch hat Polizeistellen gestrichen und Staatsanwaltschaften gestrichen.

Nein - wir müssen uns klar machen, dass es bestimmte Aufgaben des Staates gibt, die er nicht delegieren kann und die auch nicht privatisierbar sind. Gefängnisse sind nicht privatisierbar!

In Amerika hat man das gemacht. Aber wie ist das denn, wenn man sein Geld in Gefängnisaktien angelegt hat? Und dann interessiert daran ist, dass die Gefängnisse auch ganz gut ausgelastet sind? Das ist doch genau das Gegenteil von dem, was das öffentliche Interesse, das Gemeinwohl verlangt.

Wir haben in Baden-Württemberg inzwischen die Bewährungshilfe und die Gerichtshilfe an eine österreichische Firma verkauft. Das heißt, wir müssen erst einmal wieder lernen, was ein Staat ist, was ein Staat für Aufgaben hat, und welche

er aufgeben kann und welche nicht. Und das gilt auch für die kommunale Daseinsvorsorge, aber darüber hat Andrea schon gesprochen.

Liebe Freunde, ich bin ja schon länger der Meinung, dass wir das Thema Innere Sicherheit, mit dem der Koch glaubte, seine Wahlen gewinnen zu können, dass wir das offensiv spielen müssen. Wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass durch das staatliche Gewaltmonopol nicht nur die Reichen sicher sind, sondern alle miteinander.

Das wird tatsächlich von Jahr zu Jahr interessanter. In Amerika gibt es schon Städte, wo auf einen Polizisten fünf Angestellte von privaten Sicherheitsdiensten kommen. Wenn das mal fünf, sechs sind, dann wird Sicherheit einfach eine Ware, die man kaufen kann oder auch nicht. Und wenn wir Sozialdemokraten etwas tun können, dann heißt das: Stopp damit, in diese Richtung wollen wir nicht gehen.

Liebe Freunde, der Klimawandel ist ja auch nichts, was der Markt in Ordnung bringen kann. Das hat Hermann Scheer schon ziemlich früh gemerkt. Und ich kann nur hoffen, dass das, was er vertritt, einmal wirklich Politik wird, und dass man das in einem Bundesland als etwas Nachahmenswertes vorzeigen kann.

Liebe Freunde, noch eine Bemerkung, wo ich uns jetzt verorte. Die Kommunisten haben versucht, den Markt durch Staat zu ersetzen und im Politbüro der SED zu entscheiden, wie viele Fahrräder, welche Fahrräder, zu welchem Preis die Fahrräder in den nächsten fünf Jahren zu produzieren sind.

Das ging total daneben. Und nachdem es total daneben ging, kamen nun die Marktradikalen zu uns und sagten, wenn es doch falsch ist, den Markt durch Staat zu ersetzen, dann lasst uns doch das Umgekehrte probieren: Den Staat immer mehr durch Markt zu ersetzen. Und da sind wir jetzt am Endpunkt angelangt. Wir sind dazu da, unsere Aufgabe ist es, das wieder ins Lot zu bringen – nicht den Markt abzuwürgen, aber wieder ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Markt und Staat herzustellen.

Und nebenbei: Das gilt dann natürlich auch für den Arbeitsmarkt. Das gilt für den Mindestlohn. Liebe Freunde, der Artikel eins des Grundgesetzes hat mit der Menschenwürde zu tun, der Staat wird verpflichtet, die Menschenwürde zu schützen. Ein Lohn für vierzig Stunden harte Arbeit, von dem man nicht leben kann, ist eine Verletzung der Menschenwürde. Und die Frage stelle ich auch an unsere klugen Professoren, an unsere mehr oder minder Weisen: Was gilt eigentlich in diesem Lande? Zuerst das Grundgesetz? Oder die Gesetze des Marktes? Darüber muss entschieden werden.

Lasst mich noch etwas sagen zu dem Thema, dass euch so beschäftigt: Menschen der Linkspartei. Wir sind da vielleicht alle ein bisschen traumatisiert. Das hat gute Gründe. Erst einmal war die kommunistische Partei in der Weimarer Zeit, aber auch später, eine Partei, die eine andere Verfassung wollte, als wir sie hatten.

Und das zweite war: Hinter dieser meist sehr kleinen Partei stand eine riesige Weltmacht. Nicht nur mit ein bisschen Finanzen, sondern mit ihrer ganzen

militärischen Macht. Und deshalb waren bei uns natürlich auch Gefühle der Angst, wenn wir es mit denen zu tun hatten. Die müssen wir uns jetzt abgewöhnen.

Drittens: Da gibt es zwar immer noch die seltsamsten Vögel. Und da gibt es auch noch welche, die wirklich der KP nachtrauern, das gibt es alles. Nur – was steht eigentlich hinter denen? So gut wie nichts. Das heißt keine Weltmacht, sondern einige Wähler, die diesmal aus Protest sie gewählt haben, und die keineswegs sicher sie das nächste mal wieder wählen werden. Das ist etwas Normales, aber nichts Furcht erregendes. Und ich glaube, es ist für uns wichtig, dass wir aus diesem Komplex herauskommen, der sich historisch gebildet hat.

Schließlich noch drei praktische Ratschläge.

Den ersten für diejenigen in unserer Partei, die immer sagen, wir sind eine Linkspartei oder eine Partei der linken Mitte oder sonst etwas. Mir ist das eigentlich wurscht. Nur – wer heute von „Mitte“ redet, von der von uns anzusprechenden Mitte, der muss wissen, dass das eine verunsicherte, eine aufgewühlte und eine verletzte Mitte ist und nicht eine Mitte, die man nur bestätigen muss. Das ist eine Mitte, der man helfen muss.

Und das zweite: Lasst uns endlich aufhören, uns über andere Parteien zu definieren, etwa über die Union in der großen Koalition oder die Linken oder sonst jemanden. Wir definieren uns selbst, und dann sollen die anderen sich an uns abarbeiten.

Und schließlich, ein Letztes: hören wir endlich auf mit unnötigen Personaldiskussionen. Und zwar nicht nur in Hessen – ich glaube da ist man langsam dabei – sondern auch im Bund. Ich bin auch dagegen, dass wir diese Personaldiskussionen mit Spielen mit Mitgliederentscheiden noch einmal komplizieren. Und hört auf einen alten Mann, der sagt euch: Ich habe soviel Vertrauen in Kurt Beck, dass er einen richtigen und für die Partei hilfreichen Vorschlag machen wird.

Vielen Dank.“